



KONTAKT

Constantin Grosch
Abgeordneter Piratenpartei
im Kreistag Hameln-Pyrmont

Ostermeyerstraße 12
31787 Hameln
constantin.grosch@piraten-hameln.de
0157 87111992

SPD / Grüne / Piraten Gruppe im Kreistag

27. November 2012

ANTRAG: FRACKING

Der Landkreis Hameln-Pyrmont lehnt mit Nachdruck das sogenannte Fracking-Verfahren zur Erdgasgewinnung beziehungsweise -förderung oder zur Suche nach Erdgasvorkommen ab. Der Kreistag stellt fest, dass der Einsatz wassergefährdender chemischer Substanzen für die Gewinnung von Erdgas nicht hinnehmbar ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in, an oder abseits von Wasserschutzgebieten geht.

Der Landkreis fordert daher die niedersächsische Landesregierung auf,

- das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) anzuweisen, das bei der Erdgasförderung umstrittene Fracking-Verfahren bis auf weiteres – sowohl in Bezug auf die Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgaslagerstätten als auch deren Förderungsbewilligung – auszusetzen und entsprechende Anträge im Hinblick auf das öffentliche Interesse abzulehnen,
- sich bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat durch eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des veralteten Bergrechtes dahingehend einzusetzen, dass künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking – beginnend bereits vor der Aufsuchungserlaubnis – neben einer Beteiligung der Gemeinden, Wasserbehörden und Wasserversorgungsunternehmen, sowie der Klimaschutzagentur und Naturschutzbehörden und mit diesen auch Einvernehmen hergestellt werden muss,
- eine umfangreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die auch lückenlose Informationen über die verwendeten Stoffe sowie die möglichen Risiken beinhaltet, zu gewährleisten
- eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen.

Ergänzend zur Resolution an die niedersächsische Landesregierung fordert der Kreistag die Verwaltung des Landkreises auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Durchführung von Fracking-Bohrungen in Hameln-Pyrmont zu verhindern.

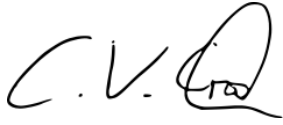
Begründung:

Wie die Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage mitteilte, sind den Firmen BEB Erdgas und Erdöl, Wintershall AG und Fa. RWE Dea AG auf Antrag vom zuständigen Landesbergamt für die Planung von Fracking-Bohrungen Erlaubnisfelder zugewiesen worden, das sich zumindest teilweise im Landkreis befinden.

Das Fracking-Verfahren birgt nach Auffassung vieler Experten unkalkulierbare Risiken das Grundwasser und die Gefährdung der Gesundheit. Ungeachtet dieser Risiken und ohne das entsprechende Gutachten vorliegen, die negative Auswirkungen des Frackings auf das Trinkwasser ausschließen, genehmigt die niedersächsische Landesregierung bisher die Planung und Anwendung des Fracking-Verfahrens uneingeschränkt.

Angesichts der möglichen hohen Risiken für die Gesundheit der Bevölkerung fordern wir die Landesregierung auf, ihre Genehmigungspraxis bezüglich der Fracking-Bohrungen unverzüglich zu ändern und Genehmigungen so lange auszusetzen, bis wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse unabhängiger Gutachten über die Auswirkungen von Fracking vorliegen.

gez.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'C. V. Grosch' with a stylized flourish at the end.

Constantin Grosch